

Rede von Ernst Fischer vor dem Nationalrat über den Beitritt Österreichs zur europäischen Freihandelszone (Wien, 10. Dezember 1957)

Legende: Am 10. Dezember 1957 warnt Ernst Fischer, kommunistisches Mitglied des österreichischen Nationalrates, im Zusammenhang mit den Plänen für eine Freihandelszone in Europa vor der Übermacht ausländischer Kartelle und betont, wie wichtig die Wahrung der Rechte der Arbeitnehmer in Österreich ist.

Quelle: Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich. VIII.; 46. Sitzung. 10.12.1957. Wien.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rede_von_ernst_fischer_vor_dem_nationalrat_uber_den_beitritt_osterreichs_zur_europaischen_freihandelszone_wien_10_dezember_1957-de-a6959d9f-3102-4e96-b1bc-f12564379e81.html

Publication date: 04/09/2012

Rede von Ernst Fischer vor dem Nationalrat über den Beitritt Österreichs zur europäischen Freihandelszone (Wien, 10. Dezember 1957)

[...]

Gestatten Sie mir nun, meine Damen und Herren, zu einem Zentralproblem unserer Wirtschaftspolitik überzugehen. Die Bundesregierung hat den Beitritt Österreichs zur europäischen Freihandelszone angekündigt. Es gehört zu den Merkwürdigkeiten unseres Parlamentarismus, daß solche entscheidende, umwälzende Entschlüsse nicht im Parlament gefaßt werden, sondern daß die Abgeordneten erfahren, „die Bundesregierung habe das angeordnet“. So war es mit dem Wiener Memorandum über das Erdöl, so ist es mit dem Beitritt Österreichs zur Freihandelszone. Alle Abgeordneten sprechen davon, welche Umstellungen, welche Umwälzungen das erfordert. Aber das Parlament ist ausgeschlossen, darüber zu beraten, darüber abzustimmen. Ich glaube, das ist eine der vielen groben Mißachtungen des Parlaments durch die österreichische Regierung.

Diese Freihandelszone soll die 17 Staaten der OEEC umfassen und einen Markt von 250 Millionen Menschen konstituieren. Das Kernstück dieser Freihandelszone bilden die Staaten der Montanunion, Westdeutschland, Frankreich, Italien und die Beneluxländer, die sich zu einem gemeinsamen Markt vereinigen. Allmählich sollen auch die Länder der Freihandelszone in diesem gemeinsamen Markt aufgehen, in ihn hineingesogen werden.

Die Propagandisten des Gemeinsamen Marktes und der Freihandelszone malen in geradezu glänzenden Farben das Bild einer solchen ökonomischen Integration, sprechen von den unendlichen Segnungen einer freien Konkurrenz, einer ungehemmten Produktion für 250 Millionen Konsumenten, und wenn wir ihnen aufs Wort glauben dürfen, gehen wir herrlichen Zeiten entgegen. Das Sonderbare allerdings ist, daß manche der Redner, die im Hauptteil ihrer Rede die goldene Fata Morgana der Freihandelszone ausmalen, dann hinzufügen: Aber schwer wird es sein, aber größte Schwierigkeiten wird es für Österreich bringen!

In der europäischen Diskussion über den Gemeinsamen Markt und die Freihandelszone vernimmt man immer mehr kritische Stimmen, hört man immer mehr gewichtige Bedenken, sogar in Staaten der Montanunion, also in jenen Staaten, die über die stärkste Kapitalkraft verfügen und sich daher den größten Nutzen von einer schrankenlosen Konkurrenz versprechen. Je näher wir an den 1. Jänner 1958 herankommen, also an jenen Tag, an dem man die Schleusen öffnen will, desto widerspenstiger treten Einzelfragen in den Vordergrund, Fragen der Währung, des Schutzes der Landwirtschaft, der Sozialpolitik, mancher Industriezweige und schließlich die große Frage der Sicherung des Arbeitsplatzes. Und auf das viel verheißende Werbeplakat fallen die schweren Schatten der Wirklichkeit. Wenn das schon für, die Staaten gilt, die mit massivem Kapital auf den Plan treten, um wieviel mehr gilt es für ein kleines, in mancher Hinsicht von weniger günstigen Voraussetzungen ausgehendes Land wie Österreich!

Wir müssen uns also sehr nüchtern die Probleme vergegenwärtigen, die sich aus dem Beitritt Österreichs zur Freihandelszone ergeben.

Da ist zunächst ein politisches Problem, das zwar nicht so aktuell ist wie das wirtschaftliche, das man aber trotzdem nicht übersehen soll. Die Staaten der Montanunion, die den Gemeinsamen Markt bilden und um die sich die Freihandelszone gruppiert wie die Elektronenschalen um den Atomkern, sind zugleich die wichtigsten europäischen NATO-Staaten, also die Träger eines Militärpaktes. Ihre wirtschaftlichen Abmachungen sind aufs engste mit ihren militärischen Zielen verflochten, die Integration ist nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine politische und militärische. Es ist klar, daß Neutralität und Montanunion, Gemeinsamer Markt und NATO-Bündnis unvereinbar sind. Aber auch durch die Teilnahme an der Freihandelszone werden komplizierte Fragen entstehen, und dies umsomehr, weil ja geplant ist, die Freihandelszone allmählich in den Gemeinsamen Markt einzubeziehen.

In dem Kommuniqué der österreichischen Regierung zu Beginn dieses Jahres wurde ausdrücklich festgestellt: „Die Schaffung der Freihandelszone soll nach einer Übergangsperiode von rund 12 Jahren zur Verwirklichung eines gemeinsamen europäischen Marktes führen.“ Das heißt also, wir sollen dann

wirtschaftlich mit den NATO-Staaten, mit den Staaten des Atlantikblockes, verschmelzen. Ob es wirklich dazukommen wird, ist eine andere Frage, die ich nicht beantworten kann, jedenfalls aber soll man jeden weiteren Schritt auch unter dem Gesichtspunkt unserer Neutralität überprüfen.

Was uns unmittelbar zu beschäftigen hat, sind jedoch die wirtschaftlichen Konsequenzen der Freihandelszone für Österreich. Die sogenannte wirtschaftliche Integration wird unbestreitbar die industrielle Zentralisation beschleunigen, das heißt, die reichen und mächtigen Industriegebiete werden noch reicher und mächtiger, die anderen bleiben mehr und mehr zurück.

In einer Studie der ECE finden wir die durchaus richtige Prognose: „Die Industrie wird ihren Schwerpunkt in jene Regionen verlagern, wo die Konzentration an Facharbeitern, guten Verbindungs- und Transportmitteln am größten ist. Die Gefahr besteht“ — so heißt es wörtlich in dieser Studie — „daß hochindustrialisierte Gebiete, wie das Gebiet den Rhein entlang von Basel bis zum Meer, noch stärker industrialisiert werden, während die unterentwickelten Gebiete in Südeuropa dann für Investitionen überhaupt außer Betracht kommen.“ Österreich gehört nicht zu diesen unterentwickelten Gebieten. Dennoch sollen wir uns stets dessen bewußt sein, daß sowohl unsere geographische Lage — die Donau mündet eben nicht in den Rhein, sondern in das Schwarze Meer — sowie der Umstand, daß wir keine Häfen und keine Schifffahrtswege haben, und schließlich vor allem der Umstand, daß unser Binnenmarkt sehr klein ist, unsere Konkurrenzfähigkeit wesentlich beeinträchtigen. Wir haben eine zum Teil hochqualifizierte Industrie, aber kapitalstärkere und durch die Umstände mehr begünstigte Länder sind uns an Spezialisierung, Typisierung und Massenproduktion weit voran, und die Wucht dieser Überlegenheit werden wir noch sehr zu spüren bekommen.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ hat am 15. September dieses Jahres einen Vortrag des Schweizer Ministers Schaffner abgedruckt, in dem es wörtlich heißt: „Das große Problem, der Freihandelszone liegt nicht in der Binsenwahrheit, daß eine große Serie kostendeckend ist, sondern darin, wer die große Serie baut und wer auf seine bisherige kleinere verzichten soll.“ Und wer das vor allem sein wird, ist kein Geheimnis. In der schon erwähnten Studie der ECE wird festgestellt — ich zitiere wörtlich — „daß der Gewinn, den die einzelnen Staaten aus dem wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas ziehen werden, recht unterschiedlich verteilt sein wird... Der größte Gewinner“ — so heißt es dort — „wird eindeutig die Deutsche Bundesrepublik sein.“

Die Deutsche Bundesrepublik ist durch eine Reihe von Ursachen der mächtigste westeuropäische Industriestaat geworden. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben in diesen ihren wichtigsten europäischen Stützpunkt enorme Finanzmittel hineingepumpt — bis Mitte 1955 waren es 4270 Millionen Dollar. Westdeutschland konnte einen neuen, modernen, den englischen und französischen weit überlegenen Industrieapparat aufbauen. Es hatte jahrelang den Vorteil, kein Geld für militärische Zwecke auszugeben, und schließlich hat das Arbeitstempo im Lande Adenauers ein beispielloses Ausmaß erreicht, um 15 bis 20 Prozent sogar das amerikanische Arbeitstempo überholend.

Zu Beginn dieses Jahres hat der bayrische Staatssekretär Weißhüptl bekanntgegeben, daß der „westdeutsche Durchschnittsbürger“, wie er sagt, 1952 einen Arbeitstag von 10 Stunden und 42 Minuten hatte, 1954 waren es 11 Stunden 5 Minuten und 1955 11 Stunden 22 Minuten. Dieser durchschnittliche westdeutsche Arbeitstag hat zur Folge, daß 50 Prozent des arbeitenden Volkes arbeitsunfähig sind, bevor sie die Altersgrenze erreichen, und hinter der Fassade des deutschen Wirtschaftswunders beginnt der arbeitende Mensch zusammenzubrechen. Das Ergebnis aber ist ein ungeheuer mächtiges und konkurrenzfähiges Kapital, und daher ist der Gemeinsame Markt in Wahrheit die Rollbahn zur deutschen Vorherrschaft. Unser Land fühlt schon heute den Zugriff des expansiven westdeutschen Kapitals.

In unserem Außenhandel sind wir schon heute allzusehr von Westdeutschland abhängig. Die Erzeugnisse unserer Industrie können es qualitativ zum größten Teil mit den westdeutschen aufnehmen, aber das westdeutsche Kapital hat den längeren Atem, kann den Käufern günstigere Bedingungen gewähren und in Österreich immer fester Fuß fassen.

Der Beitritt Österreichs zur Freihandelszone wird es dem deutschen Kapital noch leichter machen, in

unserem Lande Positionen zu gewinnen und uns wirtschaftlich unter Druck zu setzen. Man soll diese Expansion des deutschen Kapitals und die Gefahr, die daraus für Österreich entstehen kann, nicht mit einer Handbewegung abtun.

Die katholische Zeitschrift „Die Furche“ hat am 2. November ein Buch des englischen Publizisten Gordon Shepherd über Österreich besprochen. In dieser Besprechung wird gesagt: „Und wenn Shepherd ... an anderer Stelle festhält: ‚Die Gefahr eines kalten Anschlusses durch eine wirtschaftliche deutsche Durchdringung Österreichs kann nicht allein als eine kommunistische Erfindung in den Wind geschlagen werden‘, so sagt er ungefähr dasselbe,“ — so schreibt das Blatt — „was in diesem Blatt schon mehrmals in aller Ruhe ausgesprochen wurde und die Federn gewisser ‚Freunde‘ hurtig in Bewegung setzte.“

Auch die Volkspartei sollte in ihrem Entzücken über den Wahlsieg Adenauers nicht vergessen, daß der Expansionsdrang des deutschen Kapitals für Österreich niemals ungefährlich war und daß der europäische Markt und die Freihandelszone diesem Expansionsdrang neue Chancen geben. Außerdem ist eine so einseitige Orientierung des Außenhandels immer bedenklich, weil dadurch jeder wirtschaftliche Rückschlag in Westdeutschland auch ernste Konjunkturschwankungen in Österreich hervorrufen muß.

Der Beitritt zur Freihandelszone wird für die kapitalkräftigsten Industrien in Österreich wahrscheinlich gewinnbringend sein, vor allem für Industrien, die heute schon große Warenmengen in die OEEC-Länder exportieren. Aber schwächere Unternehmungen werden in schlimme und zum Teil in tödliche Schwierigkeiten geraten.

Übrigens hat auch der Herr Minister Dr. Bock dies zugegeben, als er im September dieses Jahres feststellte: „Und schließlich existieren auch Produktionsstätten,“ — sagte er — „die — geben wir uns keinen Illusionen hin — in einem wirtschaftlich geeinten Europa möglicherweise gar keine Daseinsberechtigung mehr haben und daher einer totalen Umstellung bedürfen.“ Diese totale Umstellung kann der totale Ruin sein oder die Aufsaugung durch ausländische Konzerne, die zunehmende Überfremdung von Teilen der österreichischen Industrie.

Der Wirtschaftsfachmann Dr. Korinek hat in einem Vortrag auf solche Möglichkeiten hingewiesen: „Betriebszusammenlegungen werden erfolgen“ — sagte er — „sowie Konzernbildungen in Verbindungen mit ausländischen Betrieben.“

Das alles wirft schon seinen Schatten voraus und macht sich in vielen Betrieben durch einen Druck der Unternehmer auf die Arbeiterschaft bemerkbar. Diese Unternehmer sagen den Arbeitern — manchmal vielleicht ohne triftigen Grund, manchmal mit triftigem Grund —, daß ihr Betrieb in der Freihandelszone aufs äußerste gefährdet sei und daß man ihn nur retten könne, wenn die Arbeiter das Arbeitstempo steigern und auf vieles verzichten, was sie bisher errungen haben. Die Freihandelszone wird also schon jetzt zu einem Druckmittel gegen Teile der Arbeiterschaft.

Man spricht weiter sehr viel von der preissenkenden Wirkung der Freihandelszone. Wir wären an sich von einer solchen Wirkung überzeugt, wenn wir nicht Kartellen und Monopolen gegenüberstünden. Wir wissen jedoch, daß vor allem in den Staaten der Montanunion Kartelle und Monopole den Markt beherrschen, daß aber auch in Österreich die Kartelle eine beunruhigende Macht ausüben. Man wird vorübergehend Preise senken — ohne Zweifel —, um den Markt zu erobern; dann aber wird man dem eroberten Markt wieder die Preise diktieren.

Auch das österreichische Institut für Wirtschaftsforschung hat in seinem Februarbericht festgestellt: „Unter den heutigen Verhältnissen, wo Riesenbetriebe durch ihre finanzielle Stärke und durch Reklamefeldzüge ganze Märkte erobern können, ... kann der Fall eintreten, daß das Fehlen eines Zollschatzes (oder anderer Schutzmaßnahmen) die Errichtung eines ausländischen Monopols in einem zollungeschützten Lande fördert. ... Ist der ungeschützte Markt klein,“ — so heißt es dort — „so können Riesenunternehmer aus Großstaaten, die ihre Haupteinnahme auf ihrem eigenen Markt gewinnen, dank ihrer größeren finanziellen Reserven imstande sein, die Firmen der Kleinstaaten niederzukämpfen oder in ein Abhängigkeitsverhältnis zu bringen. Ist einmal diese Periode des Konkurrenzkampfes vorbei und hat sich das ausländische Kapital auf dem

zollfreien Markt eine starke Position geschaffen, dann kann es die Preise wieder hinaufsetzen, bis sie sogar höher liegen als vor Abschaffung des Zolles.“ Das sage nicht ich, sondern das sagt das österreichische Institut für Wirtschaftsforschung.

Aus dem Beitritt zur Freihandelszone ergeben sich noch eine Reihe weiterer sehr ernster Probleme, so zum Beispiel das Problem der Rohstoffversorgung unserer Industrie nach dem Wegfall der Exportlenkung oder das Problem der noch größeren Bindung Österreichs an den OEEC-Markt und die dadurch zunehmende Abhängigkeit von Konjunkturschwankungen. Doch unsere größte Befürchtung ist, daß man die vorauszu sehenden Schwierigkeiten vor allem auf die Arbeiter abwälzen wird. Das Kapital fordert schon heute neue Begünstigungen. Den Arbeitern werden neue Opfer zugemutet. Der Präsident des Industriellenverbandes, Dr. Lauda, hat schon die Forderung angemeldet: „Die Doppelbesteuerung des Aktienertrages muß beseitigt oder weitgehend gemildert werden, damit ein für die österreichische Industrie in der Freihandelszone unbedingt notwendiger, funktionierender Kapitalmarkt entstehe.“ Das heißt also, weitere Steuererleichterungen für die Unternehmer. Das Gegenstück dazu ist die Erklärung des Herrn Ministers Dr. Bock: „Im gleichen Maß, in dem wir die Produktionskraft eines Unternehmens durch Mechanisierung erhöhen, müssen wir auch eine höhere - und bessere Arbeitsleistung aller Beteiligten verlangen!“ Das heißt also, die Arbeiter sollen durch gesteigerte Arbeitsleistung für die Spesen der Freihandelszone aufkommen.

Man rechnet außerdem schon heute damit, daß viele österreichische Arbeiter ihren Arbeitsplatz in der Heimat verlieren werden, und sieht keine andere Möglichkeit, als sie zu exportieren, sie zur Auswanderung zu bewegen. Das gilt besonders, wie das Institut für Wirtschaftsforschung feststellt, für die östlichen Bundesländer. „Die Industrie im Osten Österreichs“ — heißt es in einer Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung — „wird durch die Freihandelszone nur verhältnismäßig geringe Expansionsmöglichkeiten erhalten, muß aber mit dem teilweisen Verlust ihrer Absatzmärkte in Westösterreich rechnen, das sich voraussichtlich stärker der benachbarten deutschen, schweizerischen oder italienischen Industrie öffnen wird.“ Man müsse daher voraussehen, heißt es in dieser Studie, daß „in größerem Umfang Arbeitskräfte in das benachbarte deutschsprachige Ausland abwandern.“ Also: ausländische Waren herein, österreichische Arbeiter hinaus. Das ist eine der Perspektiven der Freihandelszone.

Auch der Präsident der Arbeiterkammer, der ehemalige Sozialminister Maisei, teilte diese Befürchtungen. Er ist am 19. Oktober dieses Jahres mit folgenden Erwägungen vor die Öffentlichkeit getreten: „Im allgemeinen ist der europäische Arbeiter wenig geneigt, freiwillig die gewohnte Umgebung zu verlassen; ihn hindern vor allem die Schwierigkeiten der Sprache, die Wohnungsnot und die Verschiedenheit der europäischen Sozialversicherungssysteme. Daher“ — so sagte Maisei — „sollte man eher die Wanderung des Kapitals zu den Arbeitsreserven befürworten, wodurch die fortschreitende Entwicklung rückständiger Gebiete gewährleistet und deren Entvölkerung vermieden wird.“

Die Verwirklichung dieses Gedankens würde freilich weitgehende Lenkungsmaßnahmen, weitgehende gemeinsame Investitionsplanungen erfordern, die im Projekt der Freihandelszone in keiner Weise vorgesehen sind, ja sogar dem Prinzip widersprechen, auf dem diese Zone beruht. Die Freihandelszone soll die Freiheit des Kapitals garantieren, die freie Konkurrenz zwischen dem Starken und dem Schwachen, und das Ergebnis wird nicht eine Verteilung der Industrie zugunsten der Schwächeren sein, sondern ihre maximale Konzentration, ihre Zusammenballung in den Händen der Mächtigsten.

In vielen österreichischen Industrien, die durch die unerbittliche Konkurrenz westeuropäischer Wirtschaftsgiganten, durch einen massiven Importdruck bedroht sein werden, gehen die Arbeiter schwierigen Zeiten entgegen. Sie werden genötigt sein, sich zu wehren, ihre Errungenschaften zu verteidigen, solidarisch den Klassenkampf um ihre Rechte aufzunehmen. Ich weiß, in den Reihen der Volkspartei will man von Klassenkampf nichts hören, soweit es nämlich um den Klassenkampf der Arbeiter geht, denn die Unternehmer führen den Klassenkampf mit großer Hartnäckigkeit und Konsequenz. Wenn die Arbeiter den ihnen gebührenden Anteil an der Konjunktur fordern, dann spricht die Volkspartei entrüstet von Klassenkampf. Wenn aber die Unternehmer maximale Profite beanspruchen, wenn sie die Preise steigern, wenn sie Steuerbegünstigungen durchsetzen, dann sagen sie, das sei nur Dienst an der

Volkswirtschaft, Erweiterung und Festigung des Kapitalmarkts, nationalökonomische Nächstenliebe, und eigentlich trage der Unternehmer die schwere Bürde des Kapitals nur im Interesse der arbeitenden Menschen.

Wenn wir nun in die Freihandelszone eintreten, wird man wieder von vielen Arbeitern fordern, daß sie Opfer bringen; natürlich nicht im Interesse des Kapitals, Gott behüte!, sondern im Interesse Europas, das mehr und mehr zu einem Decknamen für die Montanunion, zu einer mythologischen Umschreibung für ein paar übermächtige Kartelle und Konzerne wird.

Der Beitritt zur Freihandelszone ist für Österreich äußerst problematisch. Da man ihn aber vollzieht — vielleicht sogar mit manchen unausgesprochenen Bedenken —, wird es Aufgabe der Gewerkschaften sein, die Arbeiter davor zu schützen, daß sie die Leidtragenden aller Schwierigkeiten sind. Sie werden unter zum Teil härteren Bedingungen zu verteidigen haben, was den österreichischen Arbeitern zusteht: Arbeitsplatz, Urlaubszuschuß, Weihnachtsremuneration, und es wäre nach unserer Auffassung jetzt an der Zeit, die über den Kollektivvertrag hinausgehenden Ist-Löhne als unantastbare Grundlöhne festzulegen. Freier Wettbewerb aller Gruppen des Kapitals in der Freihandelszone, das muß auch den freien Kampf der Arbeiter um berechnete Forderungen zur Folge haben! Die volle Bewegungsfreiheit der Waren muß ihren Widerhall finden in der vollen Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften! Was man der Ware zuerkennt, kann man den Menschen nicht vorenthalten!

Der Präsident der Arbeiterkammer hat ein Wort des griechischen Philosophen Protagoras aufgegriffen: Das Maß aller Dinge ist der Mensch. Er hat gesagt: „Für den gewerkschaftlichen Funktionär bleibt der Mensch das Maß aller Dinge: die Wirtschaft hat den Menschen zu dienen.“ Wenn wir also in die Freihandelszone eintreten, wenn wir der ausländischen Ware freie Bahn geben, müssen wir dafür sorgen, daß die inländischen Menschen, die arbeitenden Menschen in Österreich standhalten. In der Freihandelszone brauchen wir mehr als je Handlungsfreiheit der organisierten Arbeiterschaft. Meine Damen und Herren! Geben wir acht, daß die Freihandelszone nicht zu einer Freibeuterzone wird, zu einer Zone, in der die großen Piraten des Kapitals mit dem kleineren Konkurrenten fertigwerden! (*Abg. Grete Rehor: Im Osten und im Westen ... !*)

Ich habe nicht ohne Verwunderung in einigen Reden sozialistischer Abgeordneter ein Wort, einen Gedanken vermißt, daß dieser Zusammenschluß zu einer Freihandelszone sich unter den Bedingungen des Kapitals vollzieht, daß damit das Kapital und sein Gesetz nicht aufgehoben ist. Gewiß, die Herren von der Volkspartei können es sich leichter machen. Der Herr Dr. Kummer erklärt: Eigentlich gibt es keine Klassen mehr, eigentlich leben wir fast schon in einer klassenlosen Gesellschaft. Er hat in einem langen Vortrag erklärt, in der Vergangenheit habe es einstmals zwei Klassen gegeben, was eine ungeheure Vereinfachung des Tatbestandes ist (*Zwischenruf des Abg. Dr. Kummer*), und hat behauptet, das sei heute überholt, heute seien die Klassen abgestorben.

Nun, meine Damen und Herren, auch im Altertum hat es nicht nur zwei Klassen, die der Freien und die der Sklaven gegeben, sondern mannigfaltige Klassen, zum Beispiel die Patrizier, die Plebejer und so weiter. Im Mittelalter hat es nicht nur zwei Klassen, die Gutsbesitzer und die Leibeigenen gegeben, sondern eine mannigfaltige Fülle von Klassen, in den Städten von Patriziern, von Handwerkern, von beginnenden Arbeitern und so weiter und so weiter. Und man unterschiebt heute Marx — alle jene, die ihn nicht kennen, unterschieben es ihm —, er habe behauptet, daß sich immer nur zwei Klassen gegenüberstehen.

Nein, Herr Dr. Kummer, zwei Klassen sind jeweils die Polarisierung der gesellschaftlichen Kräfte, sind entscheidend für das Wesen, für den Inhalt einer Gesellschaft! So war es im Altertum die Klasse der Freien und der Sklaven, so im Mittelalter die Klasse der Gutsbesitzer und die Klasse der Bauern, so in der kapitalistischen Welt die Klasse der Bourgeoisie und die Arbeiterklasse. Natürlich gibt es eine Menge anderer Klassen, gibt es Zwischenschichten, gibt es Mittelschichten. Niemals hat Marx oder ein Marxist die Dinge so vereinfacht, als stünden einander nur zwei Klassen gegenüber. Aber der gesellschaftliche Kampf wird darum ausgefochten: Auf welche Seite werden die Mittelklassen, die Mittelschichten treten? Werden sie dauernd jene sein, die sich vom Kapital betrügen lassen, oder werden sie erkennen, daß die Arbeiterklasse ihr Vorkämpfer, ihr treuester Bundesgenosse ist! Darum geht der Kampf, und darum gibt es

heute Klassen, wie es eh und jeh Klassen gegeben hat, darum gibt es heute Klassenkampf unter neuen, modernen, zum Teil eigenartigen Bedingungen. *(Ruf bei der ÖVP: Auch in Rußland!)*

Und den Klassenkampf, Herr Dr. Kummer, ihn erleben wir ja hier im Parlament! Wir erleben ihn in den Betrieben, überall, in dem Verlangen der Unternehmer, maximalen Profit aus der Volkswirtschaft herauszuholen, und in der Abwehr der Arbeiter in ihrem Kampf, bessere und gerechtere Löhne zu erhalten. Nun, was ist das anderes als Klassenkampf? Das nennen wir eben Klassenkampf. Und ich möchte noch hinzufügen, wenn ich schon dabei bin: Es ist eine irriige Auffassung, daß etwa Karl Marx den Begriff der Klasse und des Klassenkampfes erfunden habe. Dieser Begriff wurde längst vor Marx von bürgerlichen Soziologen und Historikern verwendet, etwa von Sismondi, von Miguel, Guizol, de Tocqueville, Macauley, von Thiers, von einer ganzen Reihe bürgerlicher Soziologen und Historiker. Nicht das war die Entdeckung von Karl Marx, daß es Klassen und Klassenkampf gibt, er hat viel tiefere, viel größere Dinge entdeckt und neu und zum erstenmal ausgesprochen.

Wir sind uns auch darüber klar — wie sich die sozialistischen Kollegen auch klar sind —: Die modernen Produktivkräfte greifen natürlich über die Grenzen hinaus. Aber man darf doch nicht übersehen, daß diese modernen Produktivkräfte zugleich mehr und mehr revoltieren gegen veraltete Produktionsverhältnisse. Wir stehen heute zum Teil der beunruhigenden Tatsache gegenüber, daß das Bewußtsein der Menschen zurückgeblieben ist hinter der ungeheuren Entwicklung der Produktivkräfte. Wird es uns nicht rechtzeitig möglich sein, die Produktionsverhältnisse zu ändern, sie dem Atomzeitalter anzupassen, dann werden die mißachteten Produktivkräfte sich in Explosionen Bahn brechen, was wir alle verhüten möchten, weil das die größten Gefahren für alle in allen Ländern, in allen Kontinenten heraufbeschwören könnte.

Ich komme zum Schluß, meine Damen und Herren. Mir ist bei diesen übertriebenen Lobreden auf die Freihandelszone plötzlich eine sehr packende Erzählung von Ernest Hemingway eingefallen: „Der alte Mann und das Meer“. Der alte Mann fährt in das Meer hinaus und er jagt die größte Beute, den größten Fisch seines Lebens, den größten Fang. Unter ungeheuren Schwierigkeiten und fast vom Tode bedroht. Mühselig zieht er diesen großen Fang hinter seinem Boot her. Aber dem Fang folgen die Haifische, und die Haifische fressen den gefangenen Fisch bis zum Skelett kahl. Der alte Mann bringt nichts als ein Skelett an den Strand.

Geben sie acht, meine Damen und Herren, daß es Ihnen bei dem angeblich großen Fang der Freihandelszone nicht so ergeht wie dem alten Mann, daß schließlich die Haifische der Konzerne und Monopole den großen Fang bis zum Skelett kahlgefressen haben!